

werden die Spaltenzahl aber dem Raum mit 30 Sp., falls aus 20 Sp. 15 Sp. heraus und in der Expedition, von unsern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeit 40 Pf. Er scheint wöchentlich einmal, Sonntag und Montag einmal, sonst je einmal täglich.

Samstag-Blatt

Bezugspreis Nr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts Postgebühren werden von allen Bezugsbestellungen genommen. Halle, den 26. Okt. 1899. Carl Dohmann in Halle S.

Dreihundertsechzigster Jahrgang.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 503.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 26. Oktober

1899.

Nochmals die Flottenfrage.

Die Nationalliberalen sind für alle Wünsche der Regierung von vornherein gänzlich. Sie billigen und bewilligen sie vollkommen, ohne sie recht zu kennen. Das sieht man wieder einmal so recht an ihrem Verhalten zur Flottenfrage. Kommt der Kaiser in Hamburg seine Wünsche betreffs einer starken Kriegsstärke ausgebracht, so sind die Nationalliberalen auch mit Hoch und Hurra dabei, für diese Wünsche ihr Ja hervorzuheulen. Der allerdings etwas mehr förmlich angebrachte „Hamb. Korrespondent“ spricht bereits von der „schon recht kleinen Flotte“ Deutschlands, und die rein nationalliberalen „Magdeburger Zit.“ schlägt einen Flottenartikel mit folgenden Worten:

Wir rechnen nach wie vor darauf, daß eine Flottenvermehrung im Werte bis zu einem nicht an, dem, was wir wissen, von weiten Kreisen getheilt werden könnte, auszuweisen, daß von der Regierung nicht wieder eine unzulängliche Geldverordnung gestellt, sondern gleich eine ganz erhebliche Vergrößerung der Kriegsmarine ins Auge gefaßt werden möge! Die Flottenfrage, „daß eine Flottenvermehrung im Werte bis zu einem nicht an, dem, was wir wissen, von weiten Kreisen getheilt werden könnte, auszuweisen, daß von der Regierung nicht wieder eine unzulängliche Geldverordnung gestellt, sondern gleich eine ganz erhebliche Vergrößerung der Kriegsmarine ins Auge gefaßt werden möge!“

„Von einer formellen Verpflichtung der Regierung, seine neuen Forderungen einzubringen, konnte natürlich nach Lage unserer Staatsverhältnisse keine Rede sein. Aber eine öffentliche Erklärung ist die Voraussetzung für eine Vergrößerung der Flotte.“

„Daß die Vergrößerung der Flotte ein wichtiges Element der deutschen Außenpolitik ist, wird von allen Kreisen anerkannt.“

Das ist auch unsere Meinung. Die Nationalliberalen und mit ihnen die gute, alte „Magde. Zit.“ werden sich daher ihre Verpflichtungspflichtigkeit noch für einige Zeit verhehlen müssen.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten. Das russische Kaiserpaar hat heute den Großherzog und die Großherzogin von Baden in Baden-Baden besucht. Am Dienstag stattete das russische Kaiserpaar, die großherzoglich hessischen Herzogin und Prinz Nikolaus von Griechenland der Kaiserin in Friedrichsruh und dem Prinzen und der Prinzessin Friedrichsruh in Karl von Hessen am Schloß Nymphenburg einen Besuch ab.

Politik. Die öffentliche Mitteilung des Verzichtes auf die Grandaubere des Kaisers fordert die „Deutsche Tageszeitung“. Eine solche Bese würde im deutschen Volke tiefe Bestürzung erregen. Sie ist bei der jetzigen weltgeschichtlichen Konstellation ein politischer Akt und müsse unter politischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Wenn der Kaiser den Verzicht auf die Grandaubere der Kaiserin in Friedrichsruh abzugeben wird, so ist dies ein politischer Akt und müsse unter politischen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Gelegenheit, betreffend die Patentanträge, ist dem Bundesrat von den Ausschüssen noch nicht zugegangen. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt offiziell: Eine aus London vertriebene Meldung sagt dem Umstande, daß ein Patentantrag für eine neue Methode der Erzeugung von elektrischem Licht, welche die elektrischen Erzeugungsanlagen auf der Insel Wight verleiht, vollständig in der Diskussion begriffen. Wir haben begründeten Anlaß, dieser Mitteilung zu widersprechen. Wie wenig die bei der Meldung auf Grund der Wirtlichkeit machen kann, ergibt sich schon daraus, daß der Herr v. Richthausen als Leiter der Patentkommission des Reichsministeriums bezeichnet und die ganze solowirtschaftliche Konstellation auf diesem Fretum angebracht wird.

Die „Vossische Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß die Regierung für die beschleunigte Fortführung der Flottenvermehrung wieder vornehmlich von Vätern zur Schau getragen wird, denen Verbindungen zum Finanzministerium nachgesagt werden. In dem Sinne, daß die Regierung auf die Vergrößerung der Flotte nicht so sehr die Aufmerksamkeit lenken lassen, die man sonst in Bezug auf die Vergrößerung der Flotte zu erwarten hat, ist die Regierung nicht so sehr die Aufmerksamkeit lenken lassen, die man sonst in Bezug auf die Vergrößerung der Flotte zu erwarten hat.

Freilich die Landwirthe sind besammlich den Agrariern ein Dorn im Auge. Sie werden sofort lärmend und unverschämlich, wenn ein freiständiger Landwirt die Möglichkeit der agrarischen Vergrößerung und Förderung in Aussicht stellt. Die Agrarier sind besammlich den Agrariern ein Dorn im Auge. Sie werden sofort lärmend und unverschämlich, wenn ein freiständiger Landwirt die Möglichkeit der agrarischen Vergrößerung und Förderung in Aussicht stellt.

Am Samstag Landwirthe ... Im Vergleich mit diesem freiständigen Landwirt ist der Herr v. Richthausen ein Stümper. Der herrliche Herr, der Herr v. Richthausen, hat, freilich die Landwirthe sind besammlich den Agrariern ein Dorn im Auge. Sie werden sofort lärmend und unverschämlich, wenn ein freiständiger Landwirt die Möglichkeit der agrarischen Vergrößerung und Förderung in Aussicht stellt.

Reber die Zuchthausvorlage wurde am Montag in der bayerischen Kammer die Tagesordnung der folgenden Sitzung festgelegt. Die Tagesordnung der folgenden Sitzung festgelegt. Die Tagesordnung der folgenden Sitzung festgelegt.

Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden. Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden.

Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden. Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden.

Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden. Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden.

Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden. Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden.

Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden. Die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Reichstages, die 100. die Dienstag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr, stattfindet, ist jetzt vom Reichstagspräsidenten festgelegt worden.

die „Voss. Zit.“ meldet, dem Bundesrat ist ein Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

- 1. Arbeitgeber und Versicherte sowie die Beiträge einzulebenden Stellen sind befragt, die in die Entwerfung einfließen. 2. Die Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

Die Reichsregierung überbreitet dem Bundesrat einen Entwurf der Reichsregierung über die Entwerfung und Verwirklichung der Flottenfrage der Reichsregierung überbreitet. Im wesentlichen wird er bestimmt:

**Ausland.**

**Der Transvaalfranz.**

h. Die von dem Präsidenten des Oranjerestaats, Steijn, verordnete „Ankündigung“ des südafrikanischen Reiches... Die von dem Präsidenten des Oranjerestaats, Steijn, verordnete „Ankündigung“ des südafrikanischen Reiches... Die von dem Präsidenten des Oranjerestaats, Steijn, verordnete „Ankündigung“ des südafrikanischen Reiches...

Von eben so großer Bedeutung wie die Annexion des Baal-Oranjerestaats mit Kimberley ist die von der Transvaal-Regierung verordnete Annexion von Griqualand und Betschuanaland. In diesen ausgedehnten aber schwach bevölkerten Gebieten dominieren die Afrikaner... Von eben so großer Bedeutung wie die Annexion des Baal-Oranjerestaats mit Kimberley ist die von der Transvaal-Regierung verordnete Annexion von Griqualand und Betschuanaland.

Ueber die Lage auf den europäischen Kriegsschauplatz liegen die Neuesten Mittheilungen vor, die insofern im großen Ganzen keine wesentlichen Neuigkeiten bringen... Ueber die Lage auf den europäischen Kriegsschauplatz liegen die Neuesten Mittheilungen vor, die insofern im großen Ganzen keine wesentlichen Neuigkeiten bringen...

General Buller erplagt die Stellung, in der Defensivlage zu stehen, bis er durch mehrere Regimenter, die in Durban und Kapstadt gegen Ende der nächsten Woche eintrifften, verstärkt werden... General Buller erplagt die Stellung, in der Defensivlage zu stehen, bis er durch mehrere Regimenter, die in Durban und Kapstadt gegen Ende der nächsten Woche eintrifften, verstärkt werden...

Ein antichinescher von Wittwoh nachmittags dattirtes Telegramm des Generals Buller an das Kriegsministerium besagt, die Vorhut, die gestern früh von Abille ausgesandt worden war, um mit dem General Buller Verbindung zu suchen... Ein antichinescher von Wittwoh nachmittags dattirtes Telegramm des Generals Buller an das Kriegsministerium besagt, die Vorhut, die gestern früh von Abille ausgesandt worden war, um mit dem General Buller Verbindung zu suchen...

Ein antichinescher von Wittwoh nachmittags dattirtes Telegramm des Generals Buller an das Kriegsministerium besagt, die Vorhut, die gestern früh von Abille ausgesandt worden war, um mit dem General Buller Verbindung zu suchen... Ein antichinescher von Wittwoh nachmittags dattirtes Telegramm des Generals Buller an das Kriegsministerium besagt, die Vorhut, die gestern früh von Abille ausgesandt worden war, um mit dem General Buller Verbindung zu suchen...

Auf der letzten englischen „Star“ bei Landtsaale ist folgende Meldung des Times-Korrespondenten ein seltsames Licht: General French rügte gegen Einbildung mit der Transvaal-Regierung... Auf der letzten englischen „Star“ bei Landtsaale ist folgende Meldung des Times-Korrespondenten ein seltsames Licht: General French rügte gegen Einbildung mit der Transvaal-Regierung...

die Deponirung und Gordon-Infanterie mit dem kommandierenden General Buller ein. Alle diese Truppen mit zwölf Geschützen gegen zwei Geschütze der Buren konnten erst abends 7 Uhr der kleinen heldenhaften Burenkath Herr werden.

Zu den immer größer werdenden Sorgen kommt für die Engländer noch die drohende Haltung der kriegerischen Bajas an der Grenze von Natal und Orange-Freistaat. Das Baitaland meldet der britische Gouverneur, daß seine Bemühungen, die Schwärze im Innern zu halten, an den Auswüchsen der Buren gegen die britische Regierung scheitern würden.

Ueber die gestrige Sitzung des englischen Unterhauses, die über die afrikanischen Angelegenheiten verhandelte, berichtet man so folgendes:

In der fortgesetzten Debatte über die Appropriationsbill bezeichnet Dabell den Krieg als das größte Verbrechen des 19. Jahrhunderts. Selbst wenn Irland, Dänemark und die irische Republik angefallen wären, würde er im Ausmaß dafür doch nicht für diesen Krieg stimmen. Als Protest erklärte er auf seinen Sitz im Parlament, daß er überzeugt sei, daß kein Ende der Deregulierung, keine Ergebung des Reichs die Unterdrückung der Güter des Parlamentes finden, wenn sie nicht die Macht hinter sich haben. Der radikale Boulton spricht sich für die Politik der Negation aus.

Der zweite Mann, Chamberlain, habe deutlich gesagt, welches die herkömmliche Politik sei, die Burenkath zu unterwerfen gewesen wäre. Wohl, die Zustände seien die Verfertigung der Depesche Waller's und die Rede Chamberlain's in Jagdru geblieben. Diese Rede habe im Hinblick auf Chamberlain's Erklärung eine große Bedeutung bekommen, da sie Antwort auf die Frage sei, ob die Burenkath noch von 19. des letzten Monats als eine bedingte Annahme aufzulassen sei. Wie konnte man erwarten, daß Krüger der bedingten Annahme zustimmen würde im Hinblick auf die herausfordernde Rede Chamberlain's am 28. August!

Darauf erwidert Minister Chamberlain das Wort zur Entwiderrung. Er hat die Absicht im Auge, daß keine Worte in irgend einem Sinne herausfordernd gemeint sei; sie sollte eine offene Rede sein (Wachen links und rechts „Hört, hört“), eine Rede welche niemand widerstreben könnte. (Beifall.) Seine Diplomatie, nicht Chamberlain hat, habe genau die Grundsätze befolgt, welche von allen Staatsmännern in den letzten Jahren angenommen worden sind. Die Burenkath sei durch die diplomatische und Konventionalangelegenheiten innewegelt worden und die durchs den Gedanken zurückzuführen, daß den Diplomaten die Sprache gegeben sei, um ihre Gedanken zu verkörpern. Wie weit, sagt Chamberlain, dieser Spruch in allen Zeiten gewesen sei, als die Diplomatie nicht zwischen den einzelnen Staatsmännern gewesen sei, ist er nicht weniger wichtig. Die Staatsmänner sprechen heute als die Vertreter des Volkes und das Volk habe ein Recht darauf, daß es über die Annahmen derselben aufgeklärt werde, so daß kein stiller Grund für ein Mißverständnis bestehen könne. Die Diplomatie ist immer die, welche die Diplomaten des ganzen Staates gewesen sei (Beifall), sei die gewesen, daß von Anfang bis zum Ende kein Zweifel über das angestrebte Ziel, die besagten Methoden oder den Entschluß, diese durchzuführen, bestehen konnte. „Ich denke“, leitet der Minister hinzu, „ich habe recht man gelassen, in der Debatte über die Burenkath, die ich heute, in der ich die Warnung zu ertheilen, daß kein weiteres hinderniß des Beschlusses gebildet werden würde.“ Es ist unnötig, sagte Chamberlain weiter, auf die Rede gegen irische Nationalisten zu erwidern, deren ganzes Verhalten durch die Fehlbildung gegen England hinderniß sei, auf die Buren gewartet habe, bis sie ein Wort des Friedens und Wohlwollens seien. Es gäbe schlimmere Dinge als der Krieg (Beifall). Die Interessen und die Ehre seiner Nation seien verloren, wenn sie nicht bereit sei, in letzter Instanz den Krieg zu führen. (Beifall.) Die Geduld der Politik Transvaal sei nur zu verstehen auf Grund der Annahme, daß der Krieg von Anfang an unvermeidlich war. Er sei nunmehr der Ansicht, daß Präsident Krüger vordem bis zum letzten Augenblick nie davon gedacht habe, irgend etwas zu thun, was gegen die Rechte der Briten im Hinblick sei oder irgend welche Gewalt der Herrschaft der Briten zu erheben zu gewöhnen. Das England nie bereit gewesen sei, auf seine Ansprüche zu verzichten, sei der Konflikt unvermeidlich gewesen (hört, hört). Zweifellos würde Krüger gegen den unvermeidlichen Kampf hinausgeschoben haben, hätte er nicht mit anderen Methoden und veränderten Frage sich schaffte gelöst hätte. Infolge der Politik Krüger's sei England genötigt worden, eine Expedition über das Meer zu senden, wie sie nie von einem anderen Volke in der Welt ausgesandt worden sei. Transvaal sei zu einem hoffnungslosen Lager geworden. Sollte der Krieg und der Dinge wie in der letzten Zeit fortgedauert, so wäre England gezwungen gewesen, sich gegen ein etwaiges Ultimatum, das zu irgend einer Zeit überreicht werden konnte, durch die Unterhaltung von 25,000 Mann in seinen südwestlichen Kolonien zu sichern. Es sei ein Verbrechen gewesen, sagte Chamberlain schließlich, von den Unterthanen des britischen Reichs. Auch das tauschwürdige Reich gewesen, aber das werde England nicht veranlassen, seine Politik zu ändern. (Beifall.) Man habe auch gesagt, es sei unmöglich, daß ein germanisches Volk ein anderes germanisches Volk in Unterwerfung halte. Wer habe doch davon gesprochen, daß England sich nach dem Krieg nicht ändern werde, sondern das sei, jene Gleichheit der Rechte für die Holländer in Transvaal, welche von den Soldaten in Transvaal den Engländern verweigert worden sei? (Wieder Beifall.)

Nach Schluß der Debatte nahm das Unterhaus die Appropriationsbill mit 224 gegen 28 Stimmen an. Somit liegen noch folgende Telegramme zu der Transvaalangelegenheit vor.

**Quensdorn, 25. Okt.** Die von Königschwaiber gestrigen Kreuzer „Polaris“, „Belorus“ und „Bactolus“ sind heute nachmittag von hier abgegangen. Man nimmt an, daß sie ganz Ost anlaufen, um sich dort mit 3 Kreuzern Panzerkreuzern und 2 Kreuzern der vom Nordsee kommenden Flotte zu vereinigen. Das gesammte Geschwaiber geht dann nach Gibraltar. Dem Vernehmen nach wird das spätere Ziel derselben ein spanischer oder portugiesischer Hafen sein, da die Schiffe flache Schwendebelastungen mit sich führen, die von dem spanischen und portugiesischen Konflikt in Quensdorn ausgeht sind.

**London, 25. Okt.** Für die auf der Welt von Portsmouth beschickten Kreuzer sind über 100 Stunden angedruckt, um den Kreuzer „St. George“ sowie andere Kreuzer seefertig zu machen.

**London, 25. Okt.** Wie ein Telegramm aus der Kapkolonie meldet, ist das von der Regierergierung beschlossene, der Nationalbank von Transvaal gebührige Gold freigegeben worden. Die Nationalbank der Nationalbank der Kapkolonie und in Natal werden die Nationalbank von Transvaal und Transvaalgold auf dem gewöhnlichen Wege in Zahlung an.

**Paris, 25. Okt.** Der Vertreter Transvaal in Europa, erklärte einem Redakteur der „Batterie“, die Buren seien jetzt in die Hände der Briten zu fallen. Er habe die Buren in die Hände der Briten zu fallen. Er habe die Buren in die Hände der Briten zu fallen. Er habe die Buren in die Hände der Briten zu fallen.

**Paris, 25. Okt.** Der Vertreter Transvaal in Europa, erklärte einem Redakteur der „Batterie“, die Buren seien jetzt in die Hände der Briten zu fallen. Er habe die Buren in die Hände der Briten zu fallen. Er habe die Buren in die Hände der Briten zu fallen.

**Paris, 25. Okt.** Der Vertreter Transvaal in Europa, erklärte einem Redakteur der „Batterie“, die Buren seien jetzt in die Hände der Briten zu fallen. Er habe die Buren in die Hände der Briten zu fallen. Er habe die Buren in die Hände der Briten zu fallen.

und warnte vor den aus englischer Quelle stammenden Verleihen über den Verlauf des Krieges.

**Amsterdam, 25. Okt.** Königin Wilhelmina spendete 3000 Gulden für die ver wundeten Buren. Als eine Folge des englischen Transvaal-Krieges und die dadurch bedingte Verbringung indischer Truppen nach Afrika sind die neuerdings an der indischen Grenze ausgebrochenen Unruhen anzusehen. Nach einem Telegramm aus Simla mußten ein Regiment eingeborener Truppen und eine englische Batterie unter Befehl eines Offiziers nach der nordlichen Grenze abgehen, weil dort ein Aufstand unter den Eingeborenen herrschte. Ob wohl Aufstand hier keine Hand im Spiele hat?

**Deisterreich-Ungarn.**

Die stürmischen Szenen, die sich an diesem Dienstag im Reichstisch im Abgeordnetenhaus abspielten und die an die Zeiten erinnern, in denen die beschriebenen Konstitutionen für den samten Kaiserin Boden geführt wurden, nur mit dem Unterschied, daß diesmal die Hofkammer es sind, die gegen den Minister Graf Hayn aufstehen, dürfte nicht ohne Folgen bleiben. Es handelt sich bei den hiesigen parlamentarischen allerdings mehr um eine vorher bedruckte äußerliche Komodie als um augenblickliche überfliegende Entfaltung; man muß daher auch die Staatskassen von anderen Gesichtspunkten aus betrachten. Auf der Rechten ist man von diesen Widerlichkeiten natürlich nicht allzuweit erbaut und nach dem „N. W. Z.“ sollen die vorgelegten Vorschläge sogar von schwerwiegenden Folgen für den weiteren Bestand der Rechten begleitet sein. Man vertritt in den Kreisen der katholischen Volkspartei dieses Treiben der Hofkammer als höchstschmerzhaft. Die Partei beschließt die unerbittliche Entfaltung einer Sitzung des Vorkommens der Rechten, in der mit aller Entschiedenheit Widerstand gegen die Wiederkehr solcher parlamentarischer Unzufriedenheit werden gefordert werden. In anderen Fällen soll die katholische Volkspartei entschlossen sein, ihre Forderungen zu zeigen, und sie würde dann ihr Verhalten in der Rechten von dem weiteren Verhalten der Jungtürken abhängig machen. Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses berichtet man:

**Warschau, 25. Okt.** Die Polen bedauern lebhaft den Niedergang des Parlamentarismus in Oesterreich. Sie hätten sich dementsprechend eingewirkt und gegenüber den Parteien Entgegenkommen gezeigt. Die Polen betrachteten die einseitige Ausbreitung des Sprachensprechs als ein Verbrechen, die geschilderte Entscheidung innerhalb der Majorität zu fällen. Die Regierungserklärung möge den Polen kein Vertrauen einflößen würden, wie immer, für die Demokratie, die Wahrung der Monarchie und die Bedürfnisse des Staates einträte, dabei jedoch den autonominischen Grundrissen treu blieben und für die Rechten nach den Interessen der von ihnen vertretenen Landes und der allgemeinen Grundrissen der Majorität einträte. In dem Verbands mit der Majorität bleiben die Polen treulich fest. (Beifall rechts.)

Ueber die Unklarheit der deutschen Verhältnisse an das Deutsche Reich. Die Partei des Reiches werde der gegenseitigen gegenseitigen Verständigung, welche guten Willens, solchen Gegenseitigen machen wie den früheren Regierungen. Wegen die Jungtürken Konstitutionen machen, die Deutschen in Oesterreich, schließt Redner, sind auf alles gefaßt. Treiben Sie es zum Bürgerkrieg zwischen Deutschen und Russen, die in Oesterreich, Wärdern und Schierren, so werden unerbittlich verfahren gegen die einseitigen. (Beifall links der Schönermann.)

Nachdem Jaxott erklärt die Lage des Aufstehensvolkes in Galizien betrachtet, wirtk Wallfa aus, die Aufhebung der gegenwärtigen Verordnungen, welche an den Aufstehensvolkes begangenen Unruhen. Die Regierung, welche die Sprachverordnungen aufgehoben, habe dadurch selbst den Boden der Neutralität verlassen und sei ungeliebt, eine Verständigung herbeizuführen. Die Partei des Reiches bringe der Regierung kein Vertrauen entgegen und werde den Kampf an der Seite der Rechten aufnehmen. (Wieder Beifall rechts.)

Der Hofische Sprachgesetz greift die Regierung aus schärfste an und erklärt, die Aufhebung der Sprachverordnungen sei für Oesterreich verhängnisvoll, Graf Hayn sei nur der Strohmann des Grafen Goluchowski. - Kahren erklärt, die katholische Volkspartei erhebe keinen Entkommen, lebendige gefühlte Gefühle der Nationalität für die vorliegende Aufgabe darin, durch Verwirklichung einer Verständigung zwischen den streitenden Parteien die dauernde Nationalität des Landes herzustellen. Dabzu zielen alle Bestrebungen der Partei im Verbands mit der Rechten. Die katholische Volkspartei werde daher auch die Regierung bei ihrem Bestreben, unerbittliche parlamentarische Beschäftigung zu schaffen, unterstützen und sie werde es mit Vertheiligung begrüßen, wenn die Möglichkeit geschaffen werde, die keinen Aufschub duldenenden staatlichen Aufgaben auf parlamentarischer Wege einer geordneten Lösung auszuführen.

Die Rechten erklärten, daß einige Redner, welche die Verhandlung auf Donnerstag verlagert. Die Verlage, betr. Aufhebung des Zeitungsgesetzes, wird auf Antrag des Abgeordneten aus erste Lesung dem Verfassungskomitee übergeben.

In den tschechischen Landestheilen dauern inzwischen die Unruhen fort, sie nehmen sogar eine bedrohliche Form an. So meldet man zunächst aus den böhmischen Teilen Glatz, Pardubitz, Ratibitz, Mierefowitz und Pilsen von den Unruhen, denen die Polizei und Gendarmen ein Entscheiden, ohne daß es zu neuen Zwischenfällen kam. In einigen Orten wurden bei einzelnen Bürgerhäusern eingeschlossen. Graf Schiml ist es dagegen auf mährischen Gebieten hergezogenen. Man berichtet u. a. neuerdings aus Pilsen, daß sich dort am Dienstag nachmittag nach dem Verhängnisvollen der bei den letzten Ausreitungen Getötenen, etwa 3000 Personen an dem Hauptplatze ansammelten. Erst nach wiederholten Mahnungen des Bezirkshauptmanns und des Stadtvorstandes gelang es, die Menge durch Militär zu zerstreuen. Eine Person wurde durch einen Schussverletzt verwundet. In Wsetin, unweit Pilsen, kam es am Dienstag abend zu Exzessen gegen die Juden, wobei die Gendarmen schossen. Zwei Exzessanten wurden getödet, 17 verwundet. Der Bezirkshauptmann begab sich sofort mit einer halben Compagnie Infanterie nach Wsetin. Nach der Ankunft des Militärs trat wieder Ruhe ein. Die Telephonlinie Wsetin-Pilsen ist wahrscheinlich infolge abschließlicher Beschäftigung unterbrochen. Mehrere hundert jüdische Einwohner sind aus Pilsen geflüchtet und in Wien eingewandert. Sie erzählen haarsträubende Dinge von den Geschehnissen am Dienstag. Die Juden mußten sie im Stich lassen, nur um sich nachts Leben zu retten. Der Konfirmationsbezirk von Wsetin, bei dem die Kirchen pfänderte, erleidet einen Schaden von 30,000 Gulden. Vier volle Stunden hindurch dauerten die Plünderungen. Die Plünderer schauten selbst ein Haus nicht, in dem ein Töchter lag. Die Wunden drangen an Privatwohnungen ein, verletzten Erpressungen und nahmen mit, was ihnen unter die Hände fiel. Eine hervorzuhebende Rolle bei den Ausreitungen spielte der Landvizepräsident



